

Bestandsaufnahme kommunale Alterspolitik im Kanton Aargau

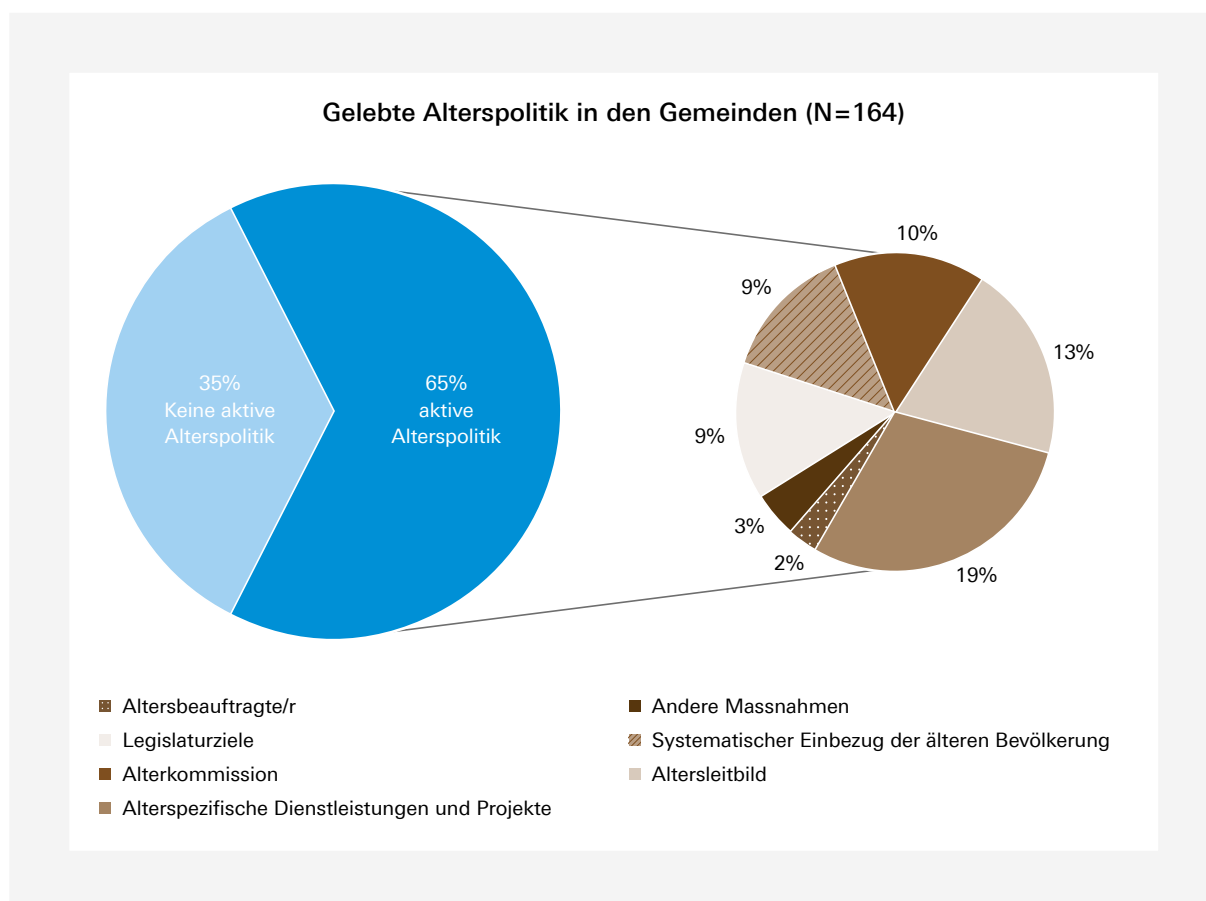
Zusammenfassung

Zwischen November 2020 und Februar 2021 wurde im Auftrag des Aargauer Netzwerks Alter und der Fachstelle Alter und Familie des Kantons eine Umfrage bei den Aargauer Gemeinden durchgeführt. Diese ausführliche Bestandsaufnahme führte die Berner Fachhochschule Institut Alter durch. Sie soll aufzeigen wie Alterspolitik im Kanton Aargau gelebt wird und welche Themen für die Zukunft wichtig sein werden.

164 Gemeinden haben die Umfrage beantwortet. Die Rücklaufquote beträgt somit 77.7%. Dabei wurde die Repräsentativität nach Gemeindegrösse, Bezirk und Gemeindetypologie beachtet. Die Umfrage ist somit aussagekräftig.

Gelebte Alterspolitik in den Gemeinden

Die Gemeinden wurden zur gelebten Form ihrer Alterspolitik befragt. Unter Alterspolitik verstehen wir die Arbeit, welche die Autonomie älterer Menschen und deren gesellschaftliche Integration fördert. Ziel alterspolitischer Massnahmen ist es, der älteren Bevölkerung in der Gemeinde zu ermöglichen so lange wie möglich zu Hause wohnen zu bleiben und ihr Leben möglichst selbstbestimmt und selbstverantwortlich gestalten zu können. Dabei zeigt sich, dass 35% der Gemeinde angeben keine aktive Alterspolitik zu betreiben. Im Vergleich, 2017 haben in der Umfrage mit vergleichbaren Rücklaufquote 48% der Gemeinden angegeben keine Alterspolitik zu betreiben.



Bei den alterspolitisch aktiven Gemeinden besitzen 22% explizite strategische Grundlagen in Form von Altersleitbild oder Legislaturzielen. Gemeinden mit einem Altersleitbild und/oder mit alterspolitischen Legislaturzielen sind erwiesenermassen aktiver bei der Lancierung von spezifischen Projekten und Massnahmen im Altersbereich.

Bedeutung der Alterspolitik

Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, wie wichtig das Thema Alterspolitik in ihrer Gemeinde ist. 42% der Gemeinden sprachen der Alterspolitik in ihrer Gemeinde auf der Skala von 1 (gar nicht wichtig) bis 10 (sehr wichtig) mit 8 oder mehr Punkten eine hohe Bedeutung zu. Im Gegenzug bezeichnen nur 3.5% der Gemeinden die Alterspolitik als unwichtig (3 Punkte oder weniger).

Themenabdeckung in den Gemeinden

Bei der Frage, welche Themen die Alterspolitik der Gemeinde durch Projekte, Massnahmen oder Kooperationen abdeckt, zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der Gemeinden die Themen des sozialen Einbezugs und des Zusammenlebens, Kommunikation und Information sowie Öffentlicher Raum und Verkehr aktiv bearbeiten. Die Themen welche weniger als ein Drittel der Gemeinden bearbeiten sind Freiwilligenarbeit, Vernetzung und Koordination und die Verankerung der Alterspolitik in der Gemeinden.

Dabei wurde im Fragenblock zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie ersichtlich, dass das gesellschaftliche Zusammenleben und der soziale Einbezug durch die erlebten Einschränkungen an Wichtigkeit gewonnen haben. Die Bereiche Alterspolitik, also die Verankerung von alterspolitischen Strukturen in der Gemeinde und der Vernetzung und Koordination sind aktuell durch die Gemeinden am wenigsten abgedeckt.

Bedarfsgerechte Alterspolitik heute und in Zukunft

Zum Schluss wurden die Befragten gebeten, zum einen eine Einschätzung vorzunehmen, wie gut der Bedarf von älteren Menschen bezüglich alterspolitischer Themen in ihrer Gemeinde abgedeckt ist und zum anderen, welche Themen in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.

Die Themen Kommunikation und Information und Gesellschaftliches Leben werden gemäss den Befragten somit aktuell bereits am besten abgedeckt. Während die Themen Wohnen, Verkehr, Vernetzung und Koordination sowie die Verankerung der Alterspolitik aktuell dem Bedarf der älteren Bevölkerung noch nicht vollständig oder knapp zufriedenstellend gedeckt werden.

Bei der Frage nach der notwendigen Abdeckung der Themen in der Zukunft, wird von den beantwortenden Gemeinden eingeschätzt, dass sämtliche Themen der Alterspolitik weiter an Wichtigkeit gewinnen werden. Kommunikation und Information werden aktuell am besten abgedeckt und werden auch in Zukunft zentral bleiben. Den grössten Handlungsbedarf identifizieren die Befragten bei den Themen: Sozialer Einbezug (Partizipation), Vernetzung und Koordination, Wohnen, Verkehr und Verankerung der Alterspolitik in der Gemeinde.

2017 schätzten die Gemeinden Wohnen im Alter als wichtigstes Thema für die Zukunft ein, dicht gefolgt von Information und Kommunikation. 2021 steht Kommunikation und Information an der Spitze gefolgt von gesellschaftlichem Zusammenleben und sozialem Einbezug, an dritter Stelle wird Gesundheit aufgeführt und in vierter Position Wohnen im Alter.